

9. Juli 2026

28. KW: Nur Ehrenamt ist zu wenig!

1. Nur Ehrenamt ist zu wenig!
2. Aktuelle Positionierungen des Deutschen Kulturrates
3. Der Zweite Aktionstag Zusammenhalt in Vielfalt findet am 21. Mai 2027 statt!
4. Aufruf zu bewusster Wahlentscheidung in Sachsen-Anhalt
5. Hörempfehlung: Teure Tickets für Museen und Konzerte – wird Kultur zum Luxusgut?
6. Save the date! Sind wir im Kulturbereich eigentlich noch digital souverän?
7. Zur Person
8. Kulturpolitische Lesetipps für die Sommerpause
9. Text der Woche: Haltung zur Methode – Räume für Konflikte bewahren von Çiğdem Uzunoğlu
10. Zum Schluss: D´r Zoch kütt?

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“, so lautet das berühmte Böckenförde-Diktum, das in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts vom Staats- und Verwaltungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde niedergeschrieben wurde und das geföhlt in jeder zweiten Rede von Staatsvertretern zitiert wird. So weit, so gut, wenn es nicht seit einiger Zeit die Vertreter eben dieses säkularisierten Staates wären, die einen Kampf gegen die aufgenommen hätten, die nach Böckenförde die Voraussetzung für den freiheitlichen Staats schaffen sollen, die Zivilgesellschaft.

Die Unionsparteien arbeiten sich schon seit einiger Zeit an der Zivilgesellschaft ab. Ein deutliches Zeichen war die Anfrage im Februar letzten Jahr im Deutschen Bundestag „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen“, mit der zivilgesellschaftliche Akteure, die der Union politisch unbequem sind, öffentlich unter Rechtfertigungsdruck gesetzt werden sollten. Die Union fordert eine politische Neutralität von der Zivilgesellschaft, die gerade ungeeignet wäre, die Voraussetzungen für einen demokratisch verfassten Staat zu bilden.

Ein weiteres Mosaiksteinchen in der veränderten Stimmungslage der Zivilgesellschaft gegenüber konnte man beim ersten Ehrentag des Bundespräsidenten, Ende Mai dieses Jahres, beobachten. So gut die Initiative des Bundespräsidenten grundsätzlich war, so problematisch ist seine Sprachregelung gewesen. Der Begriff des „Ehrenamtes“ wurde bei diesem Tag wieder aus der Mottenkiste der Politik geholt. Seit der Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ in

9. Juli 2026

den Jahren 2000-2002 wurde versucht, den Begriff des Ehrenamtes um den des bürgerschaftlichen Engagements zu erweitern.

Bürgerschaftliches Engagement ist der umfassendere Begriff für zivilgesellschaftliches Engagement. Es umfasst nicht nur klassisches Ehrenamt, sondern auch Selbsthilfegruppen, Nachbarschaftsinitiativen, Bürgerinitiativen, NGOs, Freiwilligendienste, politische Beteiligung, Engagement in Parteien und Gewerkschaften, Stiftungen und gemeinwohlorientierte Aktivitäten und natürlich auch die Aktivitäten in den Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Der Begriff des „Ehrenamtes“ hat etwas Paternalistisches, ist beschränkt auf das Helfen, das „Gute tun“, aber nicht die politische Einmischung. Und das Ehrenamt unterstützt nicht per se den freiheitlichen Staat.

Gerade in den Hochburgen der Rechtsextremen in unserem Land wird deutlich, dass ihre Erfolge sehr viel mit ihren ehrenamtlichen Aktivitäten zu tun haben. Sie führen ehrenamtlich den Jugendtreff am Ort, haben die Dorfkneipe – ehrenamtlich – wieder geöffnet, organisieren Nachbarschaftshilfe, alles ehrenamtlich, aber nicht um den freiheitlichen Staat zu unterstützen.

Was wir brauchen, ist bürgerschaftliches Engagement, von politisch aufgeklärten Menschen. Nur Ehrenamt ist zu wenig!

Ihr

Olaf Zimmermann

Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates
Herausgeber von Politik & Kultur

PS. Ich bin bis Ende Juli im Urlaub. Der nächste kulturpolitische Wochenreport erscheint deshalb erst am 07. August. Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer!

2. Aktuelle Positionierungen des Deutschen Kulturrates

Der Sprecherrat des Deutschen Kulturrates hat am 26. Juni 2026 folgende Stellungnahmen verabschiedet:

- Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum „Call for Evidence“ der EU-

9. Juli 2026

Kommission v. 13. Mai 2026

- Künstlerische Vor- und Nachlässe als bedeutendes Kulturerbe sichern und nachlassbewahrende Institutionen adäquat finanzieren
 - Jetzt Fortsetzung des Bundesprogramms „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ sichern
 - Vertrauen statt Misstrauen: Durch Bürokratieabbau Ressourcen in der Kultur freisetzen
 - Investitionsstau bei öffentlichen Kulturbauten beseitigen
-

3. Der Zweite Aktionstag Zusammenhalt in Vielfalt findet am 21. Mai 2027 statt!

Nach der breiten bundesweiten Beteiligung von Organisationen, Einrichtungen und Einzelpersonen am ersten Aktionstag Zusammenhalt in Vielfalt mit über 450 Aktionen in allen Bundesländern, haben die Mitglieder der Initiative kulturelle Integration beschlossen, im kommenden Jahr den **zweiten Aktionstag am 21. Mai 2027** stattfinden zu lassen.

Die Mitglieder der Initiative – ein Bündnis aus Vertreterinnen und Vertretern von Sozialpartnern, Religionsgemeinschaften, Medien, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft – rufen dazu auf, **ein Zeichen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Vielfalt zu setzen**: Rund um den UNESCO-Welttag der kulturellen Vielfalt am 21. Mai 2027 sollen bundesweit möglichst viele Veranstaltungen und Aktionen unter dem Motto „Zusammenhalt in Vielfalt“ stattfinden, von Schulprojekten über Konzerte und Ausstellungen bis hin zu Begegnungs- und Diskussionsformaten.

- Erfahren Sie mehr zum Aktionstag Zusammenhalt in Vielfalt
 - Hier finden Sie alle Aktionen des ersten bundesweiten Aktionstags Zusammenhalt in Vielfalt am 21. Mai 2026.
-

4. Aufruf zu bewusster Wahlentscheidung in Sachsen-Anhalt Die Kultur und das KI-Zeitalter.

9. Juli 2026

Im Vorfeld der Landtagswahl hat das **Landesnetzwerk der Kulturfördervereine Sachsen-Anhalt** die kandidierenden Parteien zu ihren kulturpolitischen Zielen und Absichten für die nächste Legislaturperiode befragt.

Folgende Punkte sind aus Sicht des Landesnetzwerkes positiv zu bewerten:

- Die Parteien bekennen sich zur Bedeutung von Kunst und Kultur für die Gesellschaft und zu deren verlässlicher Förderung. Die CDU verweist auf das erst vor kurzem im Landtag verabschiedete Kulturfördergesetz, das die Grundlagen der Kulturförderung des Landes nach Artikel 36 der Landesverfassung transparent macht.
- Alle Parteien betonen die große Bedeutung der Kulturfördervereine im Land und wollen regelmäßig das Gespräch mit dem Landesnetzwerk suchen. Dabei zeigt sich eine gewisse Bandbreite, wo die künftige Verantwortung für die Kulturpolitik gesehen wird: wie bisher in der Staatskanzlei (CDU, Bündnis 90/Die Grünen), in einem eigenen Ressort (Linke und BSW) oder gemeinsam mit anderen Politikfeldern in einem neuen Ministerium (FDP, AfD).
- Fast alle Parteien machen konkrete Vorschläge zur Stärkung des Ehrenamtes. Einige zeigen sich offen für die Erarbeitung eines Ehrenamtsgesetzes zur größeren Wertschätzung des zivilgesellschaftlichen Engagements (SPD, Linke, BSW, mit Einschränkungen CDU).

SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und BSW sprechen sich für eine unabhängige, vielfältige Kulturförderung aus und bekennen sich zu den Leitlinien des Landesnetzwerkes. **Die AfD nimmt hingegen eine Sonderstellung ein:** Sie kündigt eine vollständige Neuausrichtung der Kulturpolitik an. Sachsen-Anhalt solle zum Ausgangspunkt einer „neuen Kulturrenaissance“ werden; Kultur sei „in erster Linie deutsch“, erst danach folge „die regionale Ausdifferenzierung“. Zur Frage des Schutzes der Kunstfreiheit erklärt die AfD, sie werde „intolerante Akteure, die meinen, Künstler wegen ihrer politischen Gesinnung bekämpfen zu müssen, mit allen uns zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mitteln in ihre Schranken verweisen“. Auch beim Bekenntnis zu den Leitlinien des Landesnetzwerkes ist die AfD als einzige Partei nur eingeschränkt zustimmend: Die Absage an „Hass und Hetze“ bediene, so die AfD, „eine spezifisch linke Rhetorik, die abweichende Meinungen und legitime patriotische Einstellungen vorschnell zu ‘Hass und Hetze’ erklärt“.

Das Landesnetzwerk ruft dazu auf, die kulturpolitischen Positionen der Parteien bei der Wahlentscheidung bewusst zu berücksichtigen.

9. Juli 2026

- Hier finden Sie die vollständige Stellungnahme
- Die Antworten der Parteien finden Sie in einer Übersicht sowie im Original auf der Homepage des Landesnetzwerks der Kulturfördervereine Sachsen-Anhalts

5. Hörempfehlung: Teure Tickets für Museen und Konzerte - wird Kultur zum Luxusgut?

Welche Folgen haben steigende Eintrittspreise für die kulturelle Teilhabe?

In der Deutschlandfunk-Sendung „Lebenszeit“ wurde gemeinsam mit Hörerinnen und Hörern über die Ursachen steigender Ticketpreise, die Finanzierung von Kulturangeboten und die Auswirkungen der Preisentwicklung auf das Publikum diskutiert.

Zu Gast war neben mir, **Johannes Everke**, Geschäftsführer des BDKV – Bundesverband der Konzert- und Veranstaltungswirtschaft. In der Sendung habe ich mich u.a. für eine „Deutschlandticket“-Variante für Museen ausgesprochen.

- **Die Sendung ist jetzt hier zum Nachhören verfügbar.**

6. Save the date! Sind wir im Kulturbereich eigentlich noch digital souverän?

Die Kultur im KI-Zeitalter. Wird der Traum vom niedrighschwelligen digitalen Zugang zu Bibliotheken, Archiven und Museen nun Realität – oder entstehen neue Abhängigkeiten? Und welche Verantwortung tragen Staat, Kulturinstitutionen und die großen Technologieunternehmen?

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, der Deutsche Kulturrat und 3sat laden am **Donnerstag, 3. September 2026, um 17 Uhr** zu einer gemeinsamen Veranstaltung auf der Berliner Museumsinsel ein.

Die Keynote hält **Dr. Karsten Wildberger**, Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung.

Im Anschluss diskutieren **Philipp Amthor**, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung (angefragt), **Awet Tesfaiesus**, Sprecherin für Kultur und Medien der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen

9. Juli 2026

Bundestag, **Dr. Elisabeth Böhm**, Geschäftsführerin von digiCULT, **Prof. Dr. Jürgen Döllner**, Fachgebietsleiter Computergrafische Systeme am Hasso-Plattner-Institut, **Holger Mann**, Sprecher für Hochschule und Wissenschaft sowie für Wirtschaft, Technologie und Digitalisierung der SPD-Bundestagsfraktion (angefragt) und **Olaf Zimmermann**, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates.

Moderation: **Vivian Perkovic**, Kulturzeit (3sat)

- Zeit: Donnerstag, 3. September 2026, Einlass 16:30 Uhr, Beginn 17:00 Uhr
- Ort: James-Simon-Galerie auf der Berliner Museumsinsel
- [Zur Anmeldung](#)

7. Zur Person

Josephine Hage wird Geschäftsführerin der Kulturhauptstadt Europas Chemnitz 2025 gGmbH

Josephine Hage wird zum 1. Oktober 2026 Geschäftsführerin der Kulturhauptstadt Europas Chemnitz 2025 gGmbH und verantwortet dort die Umsetzung der Legacy-Strategie. Sie begleitet den Kulturhauptstadtprozess seit 2020 und war u. a. Kuratorin des Hauptprojekts »Makers, Business & Arts«. Zuletzt war sie bei Kreatives Sachsen tätig; ihre Laufbahn umfasst zahlreiche Projekte zur Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft auf Landes- und EU-Ebene.

Christian Höppner ist neuer Präsident der Hindemith-Stiftung

Christian Höppner wurde zum Präsidenten der Fondation Hindemith gewählt und folgt auf Tabea Zimmermann. Die Stiftung bewahrt und vermittelt das Werk des Komponisten Paul Hindemith und macht dessen Nachlass öffentlich zugänglich. Höppner ist Präsident des Deutschen Kulturrates und engagiert sich ehrenamtlich in vielfältiger Weise in nationalen und internationalen Organisationen.

Lili Reyels übernimmt die Leitung des Konrad-Adenauer-Forums Berlin

Lili Reyels ist die neue Leiterin des Konrad-Adenauer-Forums Berlin. Die Historikerin war zuletzt stellvertretende Direktorin am Museum für Hamburgische Geschichte. Dort verantwortete sie die Sammlungen und leitete das Münzkabinett. Zuvor kuratierte sie Ausstellungen u. a. im Deutschen Historischen Museum und in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Reyels war Mentee im Förderprogramm »Frauen in Kultur & Medien« des

9. Juli 2026

Deutschen Kulturrates.

Alexander Strauch ist neuer Präsident des Deutschen Komponist:innenverbandes (DKV)

Der Komponist Alexander Strauch ist neuer Präsident des Deutschen Komponist:innenverbandes (DKV). Strauch will den Verband in seiner Amtszeit als spartenübergreifendes Netzwerk und starke Interessenvertretung der Komponierenden profilieren, insbesondere mit Blick auf aktuelle Herausforderungen wie Künstliche Intelligenz, Lizenzierung, Vergütung im Streaming und strukturelle Veränderungen im Kulturbereich.

Menekse Wenzler ist neue Präsidentin des Deutschen Museumsbundes

Menekse Wenzler, Vizedirektorin und Verwaltungsdirektorin des Deutschen Technikmuseums Berlin, wurde zur Präsidentin des Deutschen Museumsbundes gewählt. Sie folgt auf die Direktorin des Übersee-Museums Bremen Wiebke Ahrndt. Wenzler will als Präsidentin die Rahmenbedingungen für Museen stärken, Kompetenzen bündeln und Veränderungen nachhaltig in den Häusern verankern.

Gitte Zschoch wird neue Generalsekretärin des Goethe-Instituts

Gitte Zschoch übernimmt zum 18. Juli 2026 das Amt der Generalsekretärin und der Vorstandsvorsitzenden des Goethe-Instituts. Sie folgt auf Johannes Ebert. Zschoch verfügt über langjährige Erfahrung im Goethe-Institut mit Stationen in Seoul, Tokio, Johannesburg und München sowie als Gründungsdirektorin in der Demokratischen Republik Kongo. Zuletzt leitete sie seit 2021 das Institut für Auslandsbeziehungen. Sie ist zudem Präsidentin des Netzwerks der nationalen europäischen Kulturinstitute EUNIC in Brüssel.

8. Kulturpolitische Lesetipps für die Sommerpause

Handbuch Gameskultur 2.0.

Für die Neuauflage wurden alle Beiträge überarbeitet, aktualisiert und um neue Themen ergänzt. Beleuchtet werden die kulturelle Bedeutung von Games und ihre Verbindung zu Kunst, Theater, Musik, Literatur, Film und Sport. Zudem geht es um Fragen zu Gewalt in Spielen, Erinnerungskultur und der wirtschaftlichen Bedeutung der Gamesbranche.

- [Zum Online-Shop](#)
- [Blick ins Buch \(mit Inhaltsverzeichnis\).](#)

9. Juli 2026

Kunstfreiheit – Zehn Jahre Debatten in Politik & Kultur

Wie ist es um die Kunstfreiheit bestellt? Der Band versammelt Beiträge aus zehn Jahren und vermittelt dadurch einen Eindruck von den unterschiedlichen Debatten und Akzentsetzungen zur grundgesetzlich verbrieften Kunstfreiheit.

- [Zum Online-Shop.](#)
- [Zum kostenfreien PDF-Download.](#)

Ohne Kultur keine Nachhaltigkeit

2015 hat die Weltgemeinschaft die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. In 17 Nachhaltigkeitszielen hat sie konkrete Zielvereinbarungen getroffen. In diesem Sammelband wird der Frage nachgegangen, wie der Kultur- und Naturbereich gemeinsam die UN-Nachhaltigkeitsziele voranbringen kann.

- [Zum kostenfreien PDF-Download.](#)
- [Zum Online-Shop.](#)

9. Text der Woche: Haltung zur Methode - Räume für Konflikte bewahren von Çiğdem Uzunoğlu

Kaum ein Begriff prägt die öffentliche Debatte derzeit so stark wie „Haltung“. Von Politikerinnen und Politikern wird sie erwartet, von Unternehmen eingefordert, von Kulturinstitutionen verlangt – und natürlich auch von Medien. Wer Haltung zeigt, gilt als orientierungsstark. Wer sich einer eindeutigen Positionierung entzieht, gerät schnell unter Verdacht. Dabei scheint es längst nicht mehr auszureichen, überhaupt Haltung zu haben. Erwartet wird zunehmend die vermeintlich richtige Haltung. Die Folge: Debatten verschieben sich. Nicht mehr das bessere Argument steht im Mittelpunkt, sondern die Frage, welche Position überhaupt noch als legitim gilt.

Gerade deshalb lohnt sich ein genauer Blick auf den Journalismus. Kaum ein Beruf

9. Juli 2026

verteidigt seine Unabhängigkeit so leidenschaftlich wie er. Lange galt als Ideal: Distanz statt Parteinahme, Recherche statt Gesinnung, Skepsis gegenüber allen Seiten. Oder, um es mit Rudolf Augstein zu sagen: „Sagen, was ist.“ Doch dieses Verständnis steht unter Druck. In Zeiten von Desinformation, digitalen Echokammern, Kriegen und gesellschaftlichen Krisen erscheint vielen ein bloßes »Sagen, was ist« nicht mehr ausreichend. Journalistinnen und Journalisten beziehen Position, wollen Wirkung erzielen und gesellschaftliche Veränderungen anstoßen. Nicht selten werden gerade solche Formate ausgezeichnet und öffentlich gewürdigt. Gut so!

Çiğdem Uzunoğlu ist Direktorin des Grimme-Instituts und Autorin der Kolumne „Grimmes Stimme“

- Lesen Sie hier die vollständige Kolumne

10. Zum Schluss: D´r Zoch kütt?

Ich weiß nicht, ob es ein Wunschtraum für eingefleischte Karnevallisten ist, das einmal ein großer Rosenmontagszug über die Friedrichstraße und die Chausseestraße in Berlin Mitte zieht und die Berliner rufen lauthals: **D´r Zoch kütt.**

Aber zumindest haben sich der Vorsitzende des Bund Deutscher Karneval **Klaus-Ludwig Fess** (Mitte) und sein Vizepräsident **Fred Witschel** (vorne) von mir aus meinem Büro schon einmal die Chausseestraße zeigen lassen.

Ende August findet zum ersten Mal in Berlin die Präsidialtagung des Bundes Deutscher Karneval statt. Eine schöne Premiere!

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat